

Trinkwassergewinnung des Ruhrverbands



QUELLE: RUHRVERBAND
GRAFIK: MIRIAM FISCHER

WAZ v. 27.09.14

Berlin: Kein Fracking an der Ruhr

Bundesregierung erklärt Einzugsgebiet des Ruhrverbands zur Verbotszone für die umstrittene Gasfördermethode. Brief der Ministerin

Von Michael Kohlstadt

Essen. Das könnte der Diskussion ums Fracking in unserer Region ein wenig die Spitze nehmen: Der Ruhrverband hat eine schriftliche Zusage von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, wonach das umstrittene Bohrverfahren, mit dem Gas aus tiefen Gesteinsschichten herausgelöst werden kann, im Einzugsgebiet der Ruhrwasserwerke kommerziell auf keinen Fall betrieben werden soll.

Der Essener Verband geht nun davon aus, dass die über vier Millionen Menschen, die aus den Talsperren und Wasserwerken des Ruhrverbandes ihr Trinkwasser beziehen, in keinem Fall mit den bislang ungeklärten Folgen der Fracking-Technologie für das Grundwasser in Berührung kommen werden, auch wenn Fracking in Deutschland eines Tages erlaubt werden sollte.

In dem Schreiben, das dieser Zeitung vorliegt, schreibt die SPD-Politikerin: „Der Schutz der Gesundheit und der Schutz des Trinkwassers haben absolute Priorität.“ Dieser Grundsatz gelte auch, soweit die Regelungen in wenigen Einzelfällen den Einsatz der Fracking-Technologie zulasse. „Aus meiner Sicht wird es daher Fracking zur Förderung von Schiefer- und Koh-

leflözgas zu wirtschaftlichen Zwecken angesichts dieser strengen Regelungen auf absehbare Zeit im Ruhreinzugsgebiet nicht geben“, so die Ministerin weiter. Die Ruhr werde nicht weniger geschützt als der Bodensee.



„Der Schutz des Trinkwassers hat absolute

Priorität.“

Barbara Hendricks (SPD),
Bundesumweltministerin

Auslöser für den Brief der Ministerin ist die Sorge des Ruhrverbandes, die Ruhr und ihre Nebengewässer könnten bei der anstehenden Positionierung der Bundesre-

gierung zum Thema Fracking ins Hintertreffen geraten, weil im Gegensatz zur Bodenseeregion im Ruhreinzugsgebiet das Trinkwasser den Seen, Flüssen und Talsperren nicht direkt entnommen wird.

Der Ruhrverband sieht in der Fracking-Methode ein hohes Gefährdungspotenzial für das Grund- und vor allem für das Oberflächenwasser und damit für die Wasserversorgung. In einem Schreiben an Hendricks hatte Ruhrverbandschef Harro Bode an die Bundesregierung appelliert, die Menschen an der Ruhr nicht schlechter zu stellen als die süddeutschen Trinkwasserkonsumenten.

In ihrem Antwortschreiben kündigte Hendricks außerdem an, die Bundesregierung werde Fracking in allen Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten ausschließen sowie im Einzugsgebiet von Talsperren und Seen zur Trinkwas-

sergewinnung. Zusätzlich werde den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, das Verbot auch auf weitere Trinkwassergewinnungsgebiete auszudehnen. Hendricks stellte zudem klar, dass im Ruhreinzugsgebiet auch außerhalb der Schutzgebiete oberhalb einer Gesteinstiefe von 3000 Metern kein kommerzielles Fracking zugelassen werde. Auch dies unterstreicht nach Auffassung des Ruhrverbandes das faktische Fracking-Verbot an der Ruhr. „Sämtliche Lagerstätten von Schiefer- und Flözgasgestein im Einzugsgebiet der Ruhr liegen höher als 3000 Meter“, so ein Verbandssprecher im Gespräch mit dieser Zeitung.

Der Ruhrverband ist für die komplette Trinkwasserversorgung im Sauerland und im südlichen Ruhrgebiet zuständig. Er beliefert aber auch Kunden in der Emscherregion, im Bergischen Land und in der Soester Börde. Fracking ist insbesondere wegen des Einsatzes von zum Teil hochgiftigen Substanzen umstritten, die als Bestandteil eines Wasser-Sand-Gemisches in die Bohrlöcher eingebracht werden und in das Grundwasser gelangen könnten. Wie berichtet, hatte der Mineralölkonzern Exxon Mobil gestern angekündigt, einen giftfreien Fracking-Cocktail entwickelt zu haben.

Erdgasproduzent Wintershall hat Rechte

■ Von den insgesamt 19 Aufsuchungsfeldern, die sich **Energiekonzerne für mögliche Fracking-Bohrungen** in NRW von den Behörden genehmigen ließen, liegt eines im Bereich des Ruhrverbandes.

■ Für das Feld „Ruhr“ hatte sich der Kasseler Erdgasproduzent Wintershall 2010 die Rechte gesichert. Die Genehmigung läuft 2016 wieder aus. Fracking-Bohrungen sind derzeit **per Erlass der Landesregierung untersagt.**